



**Überarbeitete Fassung**  
dank der Rückmeldung von engagierten Bürgerinnen und  
Bürgern

## **Digitaler Kompass (Stand 05.10.2016)**

Die digitale Revolution wird unser Leben und Zusammenleben grundlegend verändern. Unser Land nutzt bisher noch nicht annähernd die Chancen des digitalen Zeitalters und wir treten ihren Gefahren noch nicht annähernd wirksam entgegen.

Wir wollen das ändern. Unser Ziel ist es, die Digitale Revolution zum Wohl des Menschen zu gestalten und zu nutzen. Jeder Mensch soll vier grundlegende Rechte in der Informationsgesellschaft haben:

- **Ich weiß (Transparenz und Kompetenz)**
- **Ich nutze (Zugang und Teilhabe)**
- **Ich bestimme selbst (Datenschutz und Selbstbestimmung)**
- **Ich entscheide mit (Bürgerbeteiligung und Partizipation)**

### **Mach mit und gib uns Feedback zu unseren Ideen!**

Auf Landesebene schlagen wir folgende Maßnahmen zur Umsetzung dieser digitalen Rechte vor:

**Von 25 Stimmen waren 100% positiv.**

## Themenbereich 1 – Ich weiß (Transparenz und Kompetenz)

### 1. Öffentliche Daten zugänglich machen!

#### Das Problem:

Amtliche Informationen sind im Internet bisher oftmals nur schwer oder gar nicht aufzufinden. Von einem einfachen Zugriff könnten sowohl Bürger als auch Unternehmen profitieren. Auch die Arbeit staatlicher Stellen (Verwaltung, Gerichte, Landtag sowie Unternehmen, die im Auftrag der öffentlichen Hand und im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge tätig sind) würde durch eine einheitliche Plattform für die Veröffentlichung von Dokumenten und Daten erleichtert werden.

#### Unsere Forderung:

Wir schaffen ein zentrales, **barrierefreies** Transparenzportal im Internet, das neben Rechtsprechung und Gesetzgebung auch Verordnungen, Umsetzungsrichtlinien, Berichte, Empfehlungen, Analysen, amtliche Bekanntmachungen, Gesetzesentwürfe und sonstige Drucksachen von Land und Kommunen enthält. Unser Konzept orientiert sich an allgemein anerkannten Open-Data-Kriterien, um eine maximale Nutzbarkeit der eingestellten Daten und Texte zu gewährleisten – dies schließt auch eine kommerzielle Nutzung mit ein. Die Bedienbarkeit des Portals wird durch Funktionen wie eine Volltextsuche, Änderungsverfolgung, Benachrichtigungsfunktion, Querverweise und Kommentarmöglichkeit im Vergleich zu bestehenden Lösungen erheblich verbessert. Dabei soll auf Schnittstellen für die automatische Abfrage und Weiterverarbeitung geachtet werden. Langfristig sollen alle amtlichen Informationen öffentlich gemacht werden, **solange diese nicht aus zwingenden Gründen nicht-öffentlich bleiben müssen. Wir wollen einen gläsernen Staat, keine gläsernen Bürger.**

#### Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:

Von 38 Stimmen etwa 95% positiv, 5% negativ  
3 Kommentare

#### **Begründung, welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Die Anregung zur Barrierefreiheit haben wir aufgenommen, bei der Erstellung war für uns selbstverständlich, dass staatliche Informationsangebote barrierefrei gestaltet sein müssen, aber wir können dies auch gerne explizit mit aufnehmen.

Der Anregung, die Beachtung von Persönlichkeitsrechten aufzunehmen, wurde teilweise entsprochen, da wir den Schutz personenbezogener Daten sehr ernst nehmen, gleichzeitig aber auch mehr Transparenz in Bezug auf das Handeln des Staates schaffen wollen. Forderungen wie ein Lobbyregister für den Landtag Nordrhein-Westfalen gehen einher mit einem Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung einzelner.

## 2. Medienkompetenzstrategie für Schulen erarbeiten!

### **Das Problem:**

Die Schulen kommen ihren Bildungsauftrag bezüglich der Medienbildung und der Vermittlung von Medienkompetenz an die Schülerinnen und Schüler kaum nach.

### **Unsere Forderung:**

Zu diesem Ziel müssen Lehrende an Fortbildungen zu dem Thema teilnehmen und die Lehrpläne müssen dementsprechend angepasst werden, sodass Lehrende in der Lage sind, Medienkompetenz zu vermitteln und mit digitalen Medien im Unterricht zu arbeiten. **Medienbildung und das Lernen mit digitalen Medien sind in der Lehrerausbildung als verpflichtende Elemente angemessen zu berücksichtigen.**

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 34 Stimmen etwa 70% positiv, 30% negativ  
10 Kommentare

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Wir haben der Vollständigkeit halber die Lehrerausbildung hinzugenommen. Zwar sind mit der letzten Reform der Lehrerausbildung Elemente zur Medienkompetenzvermittlung und zum Lernen mit digitalen Medien zu Pflichtbestandteilen der Lehrerausbildung gemacht worden. Ob dies hinreichend ist, muss jedoch kritisch geprüft werden.

Ansonsten halten wir Fortbildungen für die Lehrerinnen und Lehrer, die jetzt bereits an den Schulen sind, für notwendig. Da Medienbildung in vielen Fächern stattfinden soll, ist es erforderlich, dass möglichst viele Lehrerinnen und Lehrer hierzu befähigt werden.

Die Anbindung der Schulen ans Internet haben wir im Digitalen Kompass als eigenes Thema („9. Schulen ans Netz bringen!“).

Weitere Änderungen wurden trotz der zahlreichen Kommentare, aufgrund begründeter Argumentation der Fachreferenten, nicht vorgenommen.

### 3. Pflichtfach Informatik für alle Schüler einführen

#### **Das Problem:**

Die Schülerinnen und Schüler wachsen in einer Welt auf, in der Computer in immer mehr Bereichen Anwendung finden und alltägliche Aufgaben übernehmen. Es ergeben sich jedoch erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Kenntnisstands im Umgang mit Computern und der Programmierung. Darüber hinaus wird das Fach Informatik nicht an allen weiterführenden Schulen – und dann auch nicht für alle Profile bzw. Klassen – angeboten. Die daraus resultierende Ungleichheit stellt sowohl ein Problem im Bereich der privaten Nutzung technischer Geräte als auch im späteren Berufsleben dar.

#### **Unsere Forderung:**

Um dem Rechnung zu tragen und gleiche Voraussetzungen für alle zu schaffen, soll Informatik an allen Schulen ab Jahrgangsstufe Fünf als Pflichtfach eingeführt werden. **Im Informatikunterricht werden die Inhaltsfelder a) Information und Daten, b) Algorithmen, c) (formale) Sprachen und Automaten, d) Informatiksysteme sowie e) Informatik, Mensch und Gesellschaft behandelt.**

#### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 33 Stimmen etwa 60 % Zustimmung, 30% Ablehnung  
16 Kommentare

#### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Zur Diskussion um die Benennung des Fachs: Wir bleiben beim Begriff „Informatik“, da die Bezugswissenschaft auch so benannt ist. Als Hinweis darauf, dass der Informatikunterricht sich nicht aufs Programmieren beschränkt, haben wir die Inhaltsfelder des Fachs entsprechend der Lehrpläne aufgenommen.

Weitere Änderungen wurden trotz der zahlreichen Kommentare, aufgrund begründeter Argumentation der Fachreferenten, nicht vorgenommen.

#### **4. Digitale Flüchtlingshilfe bündeln, Sprachkurse ausbauen, Fragen beantworten und Vorurteile abbauen!**

##### **Das Problem:**

Die bestehenden Bildungseinrichtungen, die Deutsch als Zweit- und Fremdsprache unterrichten oder **Alphabetisierungskurse** anbieten, sind häufig an den Grenzen der Belastbarkeit angelangt oder haben diese bereits überschritten. Es mangelt sowohl an geeigneten Räumlichkeiten als auch an Lehrern. Die Lehrkräfte müssen anständig bezahlt und die Arbeitsbedingungen dringend verbessert werden. Wir fordern für die Lehrkräfte und Lehrenden Mitsprachrechte über Kursinhalte, um die Mängel, die Alpha- und Integrationskurskonzepte aufzuweisen, zu beseitigen.

##### **Unsere Forderung:**

Das Land fördert lizenzfreie Bildungsmaterialien (**vgl. auch Forderung 16**) für Flüchtlinge und Migranten und baut die bestehenden Online-Lernplattformen aus. **Die verschiedenen Angebote im Bereich der digitalen Flüchtlingshilfe „müssen 'als Übersicht' gebündelt und 'inhaltlich' verbessert werden**, so dass ein optimales Angebot entwickelt wird, das sich einfach bedienen lässt und so viele Neuankommlinge wie möglich erreicht. **Die Wirksamkeit muss regelmäßig überprüft werden.**

Alle Sammelunterkünfte müssen mit **barrierefreiem** Internet und Computerarbeitsplätzen versorgt werden, damit die Menschen in den Flüchtlingsheimen nicht digital abgehängt bleiben.

##### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 33 Stimmen etwa 70 % positiv, 30% negativ  
5 Kommentare

##### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Fragen und Antworten aus der Onlinebeteiligung wurden gesichtet, Ideen, Verbesserungsvorschläge und Kommentare aus dem Workshop und wurden sinngemäß in die finale Version übernommen.

**Das Problem:**

Helferinnen, Helfer und Geflüchtete haben viele Fragen und finden im Dschungel der Informationsangebote **oft** nicht die passende Antwort.

**Unsere Forderung:**

Das Land bietet ein moderiertes Flüchtlingsforum. Es soll allen Aktiven ermöglichen, Best-Practice-Beispiele, Informationen, Fragen usw. auszutauschen und sich zu vernetzen. **Hierfür werden vom Land genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt, damit zukünftig ein moderiertes Flüchtlingsforum implementiert und betreut werden kann.**

**Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 28 Stimmen etwa 60% positiv und 40% negativ  
1 Kommentar

**Begründung,  
welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Verbesserungsvorschläge und Kommentare aus dem Workshop wurden in die finale Version übernommen.

**Das Problem:**

Im Netz kursieren immer wieder Gerüchte und rassistische Bilder über Geflüchtete und Migranten.

**Unsere Forderung:**

Das Land soll eine Website mit Argumentationshilfen gegen Menschenfeindlichkeit in leichter Sprache aufbauen.

**Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 26 Stimmen etwa 60% positiv und 40% negativ  
3 Kommentare

**Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Die Kommentare aus der Onlinebeteiligung wurden zur Kenntnis genommen und zum Teil beantwortet, eine Änderung ergab sich dadurch nicht.

**Das Problem:**

Es gibt viele Förderprogramme, aber niemand hat einen Überblick darüber.

**Unsere Forderung:**

Das Land baut eine Seite auf, die sämtliche Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten aufzeigt. Die Seite muss auf aktuellen Stand gehalten werden und auch Fördermaßnahmen der EU und des Bundes aufführen.

**Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 28 Stimmen etwa 70% positiv 30% negativ

1 Kommentar

**Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Der Kommentar aus der Onlinebeteiligung wurde erfreut zur Kenntnis genommen, eine Änderung ergab sich dadurch nicht.

## 5. Mobilitätsinformationen zur freien Verfügung stellen!

### **Das Problem:**

Navigationsgeräte und Mobilitäts-Apps können bisher oftmals keine Fahrpläne, Störungsmeldungen oder Echtzeit-Verkehrsinformationen anzeigen, weil die Anbieter keinen freien und standardisierten Zugriff auf diese Daten haben (z.B. aktuelle oder geplante Störungen/Sperrungen/Verspätungen, freie Parkplätze, Barrierefreiheit). Bestenfalls wird jede Information auf einer eigenen Internetseite bereitgestellt.

### **Unsere Forderung:**

Das Land bietet aktuelle Mobilitätsinformationen wie z.B. Fahrpläne, Störungen, Sperrungen, Verspätungen oder freie Parkplätze öffentlich zur uneingeschränkten und kostenfreien Weiterverwendung an (Open Data). Die finanzielle Förderung des ÖPNV durch das Land wird an die Bedingung geknüpft, dass die Verkehrsunternehmen die erforderlichen Daten zur Verfügung stellen.

Daran anknüpfen lassen sich neue Serviceangebote (für registrierte Nutzer) wie zum Beispiel Kundenentschädigungen bei Verspätungen und Zugausfällen per 1-Click (Kein Ausfüllen verschiedener Formulare mit dem Beschreiben und der Beweislast über die ausgefallene oder verspätete Fahrt).

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 33 Stimmen etwa 80% positiv und 20% negativ  
7 Kommentare

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Der alte Text wurde belassen, weil die Kommentare kein einheitliches Bild ergeben und keine Verbesserungen beinhalten.

## 6. Politische Bildung und Informationen über Kinder- und Jugendrechte (UN-KJR)

### **Das Problem:**

Viel zu wenige (auch Fachkräfte) kennen die konkreten Kinder- und Jugendrechte. Dementsprechend entfernt ist die Beachtung von Kinder- und Jugendrechten (Schutz, Förderung, Beteiligung) in der Praxis.

### **Unsere Forderung:**

Auf den Webseiten aller Bildungseinrichtungen, an Lehramtshochschulen, in den medienpädagogischen Lern- und Lehrkonzepten und bei allen entsprechenden Informationsmöglichkeiten für Minderjährige, sind die Kinder- und Jugendrechte sowie Hilfsangebote und Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche leicht erreichbar und altersadäquat abzubilden bzw. aufzulisten. **Ein unabhängiger Landesbeauftragter/eine unabhängige Landesbeauftragte für die Rechte und Belange von Kindern und Jugendlichen wird eingesetzt. Er oder sie behält im Auge, wie es mit der Verbesserung der Information vorangeht, ist Ansprechpartner für alle Beteiligten, kontrolliert die Einhaltung der Rechte der Kinder und Jugendlichen und gibt ihnen wirksame Beschwerdemöglichkeiten.**

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 21 Stimmen etwa 80% positiv und 20% negativ  
1 Kommentar

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Der Kommentator verwies auf den „children’s rights officer“ im Vereinigten Königreich als „Advokat, der die Kinder- und Jugendrechte in beratender Funktion vertrauensvoll anwendet und gegebenenfalls weiterleiten darf“ und merkte an, dass die Jugendämter in Deutschland keine Advokaten hätten.

Die angesprochenen officers sind in Großbritannien nur für Kinder „in care“ zuständig. Am direktesten findet sich die Forderung in der hiesigen Diskussion um *Obleute* in diesem Bereich.

Weil Punkt 6 nicht so einen engen Fokus hat (und mehr auf Information abstellt), haben wir lieber unsere Forderung nach einem unabhängigen Beauftragten eingefügt. Der hätte sozusagen „die Oberaufsicht“ in Sachen Kinder-/Jugendrechtsfragen und soll sowohl Informationslage als auch Praxis der Rechtedurchsetzung verbessern und (zurzeit fehlende) effektive Beschwerdemöglichkeiten bieten. Unser Antrag 16/10781 stellt die Idee im Detail vor. Selbstverständlich schließt die Zuständigkeit des Beauftragten Kinder in Pflege ein. Anliegen wie die Einführung von Obleuten oder die Realisierung des eines Heim(kinder)rates könnte er anwaltschaftlich begleiten.

## 7. Digitale Verwaltung vereinheitlichen

### **Das Problem:**

Die kommunale Verwaltung von 396 Gemeindeverwaltungen in NRW nutzt in etwa genauso viele verschiedene digitale Verwaltungslösungen. Das führt zu einer Vervielfachung der Softwarekosten, macht Verwaltungshandeln weniger nachvollziehbar, da z.B. Budgetpläne nicht vergleichbar sind und führt zu Verunsicherung bei Mitarbeitern und Bürgern. Dazu machen sich die Kommunen oft von einem einzelnen Hersteller abhängig. Sowohl wirtschaftlich, aber auch in der Datenhaltung. Immer mehr Informationen der Bürger wandern so, gewollt oder ungewollt in die sogenannte Cloud ab. Hier kann oft nicht kontrolliert werden, welche Datenschutzbestimmungen angewandt werden, wenn die eigentliche Cloud in Irland, den USA oder weltweit verstreut betrieben wird

### **Unsere Forderung:**

**Es soll ein kultureller Wandel in der Verwaltung gefördert werden, es bedarf einer Offenheit der Verwaltung, diese Veränderungen mitzutragen und zu fördern.** Land und Kommunen entwickeln eine eigene Verwaltungssoftware, die nutzerfreundlich für Bürger und Mitarbeiter ist und die garantiert, dass alle Daten und Datenverarbeitungsschritte stets deutschem Recht unterliegen. Dadurch wird die Gemeindeverwaltung in eigener Hand und eigener Verantwortung digitalisiert. Die hier auftretenden Einspareffekte sollten direkt den Bürgern zugutekommen. Sei es als Service plus, wenn kommunale Mitarbeiter von stupiden Verwaltungsaufgaben entlastet werden, sei es durch Abgabensenkung, wenn eben keine teure Lizenzsoftware mehr angeschafft werden muss. **Die neuen Softwarelösungen sollen unter freien Lizenzen unter Nutzung von öffentlichen Repositories entwickelt werden. Dies ermöglicht es auch, Sicherheitslücken zu vermeiden.** Dazu stärkt diese Lösung den IT Standort Deutschland, da hier vor Ort Lösungen entwickelt werden und Support geleistet wird.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 30 Stimmen etwa 85% positiv, 15% negativ  
4 Kommentare

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Ideen, Beteiligungsvorschläge und Kommentare aus dem Workshop und der Onlinebeteiligung wurden sinngemäß in die finale Version übernommen.

## Themenbereich 2 – Ich nutze (Zugang und Teilhabe)

### 8. Pilotprojekt für digitale Rathäuser starten

#### **Das Problem:**

Die Möglichkeiten des modernen eGovernments werden von Kreisen, Städten und Gemeinden teilweise nur sehr eingeschränkt genutzt. Außerdem weichen sie in der Umsetzung teilweise deutlich voneinander ab. Während es vielerorts nur möglich ist, online Termine zu vereinbaren, können anderswo bereits konkrete Verwaltungsvorgänge online durchgeführt werden. Die verschiedenen Angebote unterscheiden sich dabei auch hinsichtlich Auffindbarkeit und Bedienbarkeit.

#### **Unsere Forderung:**

Unter Koordinierung des Landes errichten teilnehmende Kreise, Städte und Gemeinden ein einheitliches eGovernment-Portal, **welches auch ein Ratsinformationssystem beinhaltet**. Dies könnte auch gemeindeübergreifende Verwaltungsakte wie Umzüge unter Nutzung eines einzelnen Portals möglich machen. Als verantwortliches Steuerungsorgan erstellt das Land im Rahmen eines Pilotprojekts mit allen Beteiligten einen Anforderungskatalog für diejenigen Verwaltungsakte, die in ein solches Onlineportal überführt werden sollen.

#### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

**Von 26 Stimmen etwa 80% positiv, 20% negativ**

1 Kommentar

#### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Durch den zuständigen Fachreferenten nach Auswertung des Kommentares ergänzt.

## 9. Schulen ans Netz bringen!

### **Das Problem:**

Digitales Lernen im Unterricht setzt eine ausreichend schnelle Internetanbindung voraus. Insbesondere, wenn viele Schüler gleichzeitig online gehen um beispielsweise digitale Lernplattformen zu nutzen oder Internetrecherche betreiben. Die Bandbreite, mit der Schulen in Nordrhein-Westfalen ans Netz angebunden sind, ist heutzutage für eine Schule mit mehreren hundert Schülern völlig unangemessen. Dazu wird an jeder Schule ein Konzept für ein tragfähiges, freies WLAN in allen Bereichen der Schule benötigt.

### **Unsere Forderung:**

Langfristig muss jede Schule mit einem schnellen Glasfaseranschluss ausgerüstet werden, um der steigenden Bedeutung von e-Learning und dem Einsatz moderner Medien gerecht zu werden. Der Anschluss von Schulen ans Glasfasernetz kommt dann auch den Gemeinden zu Gute, die ebenfalls von der Erschließung mit schnellem Internet profitieren.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 30 Stimmen etwa 95% positiv und etwa 5% negativ  
8 Kommentare

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Änderungen wurden, trotz der zahlreichen Kommentare, aufgrund begründeter Argumentation des Fachreferenten, nicht vorgenommen.

## 10. Öffentliche Infrastruktur beim Zugang zum freien Internet nutzen!

### **Das Problem:**

Menschen sind heute auch unterwegs zunehmend auf einen Zugang zum Internet angewiesen, auch in öffentlichen Einrichtungen (z.B. Behörden, Schulen, Erstaufnahmeeinrichtungen, vollstationäre Einrichtungen, Krankenhäusern). Der mobile Internetzugang über UMTS/LTE ist nicht für jeden erschwinglich, oft volumenbeschränkt, nicht anonym nutzbar und im Land nicht überall verfügbar. Schulen bieten vielerorts nur eingeschränkten Internetzugang an und investieren viele Ressourcen in die aufwändige Erstellung von Listen zulässiger oder unzulässiger Internetangebote.

### **Unsere Forderung:**

Das Land fördert die Einrichtung von frei zugänglichen und für die Nutzer kostenfreien WLAN-Internetzugängen in öffentlichen Immobilien. Eine Verschlüsselung **des Zugangs und Login-Pflicht**, Filterung, Identifizierung oder Protokollierung der Internetnutzung erfolgt nicht. Mittelfristiges Ziel ist die Verfügbarkeit von WLAN in allen Schulen, anderen öffentlichen Gebäuden **und Plätzen**.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 29 Stimmen etwa 95% positiv und etwa 5% negativ  
3 Kommentare

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Ideen, Beteiligungsvorschläge und Kommentare aus dem Workshop und der Onlinebeteiligung wurden größtenteils sinngemäß in die finale Version übernommen. Die Anzahl 1000 Zugänge wurde als „viel zu gering“ erachtet und aus der Forderung gestrichen.

## 11. Gigabit-Strategie für den Breitbandausbau

### **Das Problem:**

Heute muss eine leistungsfähige digitale Infrastruktur errichtet werden, vergleichbar mit dem Ausbau anderer Infrastrukturträger in der Vergangenheit (Elektrifizierung, Verkehr, Abwasser).

### **Unsere Forderung:**

Eine Gigabit-Gesellschaft benötigt ein Gigabit-Netz! Vorbild an dieser Stelle ist Schleswig-Holstein, das eine Glasfaser-Strategie besitzt und beim Glasfaserausbau in Deutschland führend ist. Ziel ist es, bis 2025 ein nahezu flächendeckendes Glasfasernetz zu errichten. Wenn staatliche Fördergelder verwendet werden, setzen wir uns für das so genannte OpenAccess-Betreibermodell ein: Das heißt, die Kommunen errichten die Infrastruktur und vermietet diese an Betreiber.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von den 28 Stimmen 100% positiv  
1 Kommentar

### **Begründung, welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Die im Text verwendeten Begriffe Gigabitnetz und Glasfaserstrategie sind untechnische Synonyme für fibre to the home / building. Von daher ist das gleich gemeint. Eine technische Sprache sollte ja (hier im Digitalen Kompass) eher vermieden werden. Daher keine Änderungen.

## 12. Kostenfreies Internet in Zügen anbieten!

### **Das Problem:**

Auf Bahnfahrten ist die Netzabdeckung von mobilem Internet oft lückenhaft. Das macht das Bahnfahren vor allem für Berufspendler unattraktiv, die heutzutage zum Arbeiten oft auf eine funktionierende Internetverbindung angewiesen sind. Damit verliert die Bahn, trotz positiver Umweltbilanz, als Verkehrsmittel deutlich an Attraktivität.

### **Unsere Forderung:**

Bei Neuausschreibungen wird die kostenfreie Internetnutzung für Fahrgäste über WLAN zur Bedingung gemacht. Das WLAN ist für alle Fahrgäste ohne Anmeldung oder Registrierung nutzbar.

Die Zugbetreiber sollen mit allen Mobilfunkanbietern kooperieren, um einen möglichst lückenlosen Empfang zu gewährleisten. Das Land setzt sich bei den Mobilfunkanbietern dafür ein, dass Funklöcher entlang von Bahnstrecken zügig geschlossen werden.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 29 Stimmen etwa 95% positiv  
6 Kommentare

### **Begründung, welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Text wurde im Wesentlichen belassen, nur die beiden oben gemachten Änderungen einarbeiten (Absatz, Streichen von „großen“ Mobilfunkanbietern).

### 13. Gefangenen die Teilhabe am Internet gestatten!

#### **Das Problem:**

Strafgefangene haben bisher keinen Zugang zum Internet, obwohl es geeignete Lösungen zur Gewährleistung der Sicherheit gibt. Der fehlende Internetzugang erschwert Resozialisierungsmaßnahmen wie die Jobsuche oder den regelmäßigen Kontakt mit Freunden und Familie. Auch im Maßregelvollzug ist bisher kein Zugang zum Internet möglich.

#### **Unsere Forderung:**

Die Landesregierung schreibt die Einrichtung von Internetzugängen für Strafgefangene aus. Im Grundsatz soll jeder Strafgefangene Anspruch auf Nutzung des Internets erhalten. Ähnlich wie bei einem geplanten Pilotprojekt in Berlin kann in einer ersten Phase der Zugriff nur auf Internetseiten einer speziellen Liste gestatten werden. Diese könnte Fortbildungseinrichtungen, Seiten der Arbeitsagentur, Wohnungsportale, Nachrichtenseiten oder das Internetlexikon Wikipedia beinhalten. Auch im Maßregelvollzug wird der Internetzugang unter gleichen Bedingungen ermöglicht. Die Sicherheit kann bei den schon existierenden Systemen gewährleistet werden, da beispielsweise Kommentarfunktionen auf Webseiten technisch deaktiviert werden und E-Mail-Verkehr, ähnlich wie analoger Briefwechsel, überwacht werden kann.

#### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 29 Stimmen etwa 50% positiv und 50% negativ  
3 Kommentare

#### **Begründung,**

#### **welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Die Onlinekommentare wurden geprüft und nicht gesondert eingearbeitet, da sie sich teils aus dem Sinn des vorliegenden Vorschlags bereits ergaben oder als reine Kommentare zu verstehen waren, aus denen sich keine Erweiterung der Forderung ergab. Ein im Vorschlag enthaltener Satz „Die Finanzierung erfolgt durch die bei den Gefangenen erhobenen Nutzungsentgelte.“ wurde nach Prüfung durch die bearbeitenden Fachreferenten gestrichen.

## 14. Depublikationspflicht abschaffen!

### **Das Problem:**

Die aus Rundfunkbeiträgen aus der Bevölkerung produzierten Sendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dürfen bisher nur eine begrenzte Zeit (z.B. sieben Tage lang) zum Abruf über das Internet bereitgehalten werden. Auf diese Weise gehen viele Sendungen verloren, die sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Wissenschaft von großem Interesse sein können.

Wer beispielsweise nach einer gewissen Zeit Aussagen von Politikern überprüfen möchte, die diese vor Wahlen getätigt haben, kann nicht auf Medien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zurückgreifen, da die von ihnen produzierten Sendungen, Berichte oder Interviews wahrscheinlich längst depubliert wurden. Dadurch geht unserer Gesellschaft unnötig viel Wissen und Erfahrung verloren.

### **Unsere Forderung:**

Die TV-Linearität muss infrage gestellt werden. Es bedarf einer grundsätzlichen Änderung der medienpolitischen Ausrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, welche auch die Pflicht zur Depublikation abschafft.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 28 Stimmen etwa 80% positiv und 20% negativ  
2 Kommentare

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Anregungen und Kommentare aus der Onlinebeteiligung wurden gesichtet führten aber nicht zu Änderungen der finale Version, da sie einerseits schon im Vorschlag enthalten waren, andererseits sich eher auf Tipps zum Umgang mit dem Thema im Allgemeinen bezogen.

## 15. Generelle Handyverbote an Schulen aufheben

### **Das Problem:**

An vielen Schulen sind in den Schulordnungen Einschränkungen für die Nutzung von Smartphones oder Tablets festgeschrieben. Dabei ist beispielsweise ein generelles Mitführverbot elektronischer Geräte rechtswidrig und auch ein Nutzungsverbot während der **Pausen und** Freistunden hat keine rechtliche Legitimation und im Rahmen einer pädagogischen Maßnahme darf ein Gerät nicht über den betreffenden Unterrichtstag hinaus eingezogen werden..

### **Unsere Forderung:**

Die Mitführung des eigenen Smartphones gehört heute zur Lebenswirklichkeit junger Menschen. Viele Schulen bemühen sich bereits darum, digitale Medien sinnvoll in den Unterricht zu integrieren und haben eigene medienpädagogische Konzepte entwickelt. Das trifft jedoch nicht auf alle zu. Wir fordern, dass jede Schule ein Konzept für den Umgang mit modernen, digitalen Medien entwickeln soll. **Dabei sollen die Schülerinnen und Schüler beteiligt werden.** Diese medienpädagogischen Lern- und Lehrkonzepte können in die Schulordnung integriert werden oder als ergänzende Vereinbarung beschlossen werden. Generelle Handyverbote in der Schule dürfen keinen Bestand haben. **Stattdessen sollen die Schulen unter Beteiligung der Schülerinnen und Schüler angemessene Regelung zur Nutzung von Handys erarbeiten.**

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 28 Stimmen etwa 70% positiv und 30% negativ  
10 Kommentare

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Aufgrund der Kommentare versuchen wir, deutlicher zu machen, dass es zum einen um Regelungen zur private Handynutzung in Pausen und Freistunden geht und zum anderen um Konzepte zur Nutzung digitaler Endgeräte im Unterricht. Bei der Entwicklung sind jeweils die Schülerinnen und Schüler zu beteiligen.

## 16. Freie Bildungsmaterialien für alle schaffen!

### **Das Problem:**

Zurzeit ist es gängige Praxis, dass der Steuerzahler Lernmaterialien doppelt bezahlt: Zum einen finanziert er deren Erstellung und Publikation und zum anderen müssen die Schulen für den Erwerb wiederum bezahlen.

### **Unsere Forderung:**

Das Land soll eine konsistente Strategie erarbeiten, um die Erstellung und den Einsatz freier Bildungsmaterialien (Open Educational Resources) zu fördern. Dabei sollten sowohl Materialien im schulischen wie auch im universitären Bereich als auch im Weiterbildungsbereich im Fokus liegen. Die Lizenz der Materialien wird so gestaltet, dass sie von einem Möglichst breiten Personenkreis genutzt werden können. Das Land ermutigt die Lehrer zur Erstellung von Open Educational Resources, indem es sie in rechtlichen Fragestellungen berät und die investierte Zeit nach Absprache als Unterrichtsstunden anrechnet. Langfristig würde so ein Pool von Lern- und Lehrmaterialien entstehen, der auch von anderen Bildungsträgern genutzt werden kann.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von den 27 Stimmen waren etwa 80% positiv, etwa 20% negativ.  
0 Kommentare

Keine Kommentare, keine Änderungen.

## 17. Wissenschaftliche Publikationen mit Open Access stärken und Potenziale ausschöpfen

### **Das Problem:**

Noch immer sind viele wissenschaftliche Studien, Daten, Analysen und Erkenntnisse nur gegen Bezahlung bei Verlagen erhältlich, obwohl dank moderner Technologien die Reproduktion der Werke praktisch kostenfrei erfolgen kann. Aus öffentlichen Geldern geförderte wissenschaftliche Arbeit kommt der Öffentlichkeit nicht angemessen zugute.

### **Unsere Forderung:**

Wissenschaftliche Arbeiten werden als so genannte Open-Access-Veröffentlichungen dauerhaft kostenfrei zugänglich gemacht. Um dieses Ziel zu erreichen muss der Gesetzgeber nun umgehend tätig werden. Der freie „Zugang zu wissenschaftlichen Informationen und ihrer Bewahrung“ im Sinne des Open Access kann nur gelingen, wenn er entsprechend gefördert wird. **In einem weiteren Schritt sollen auch Referate und Projektergebnisse an Schulen nach Prüfung verfügbar sein.**

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von den 27 Stimmen waren 70% positiv und 30% negativ  
4 Kommentare

### **Begründung, welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Die Aufnahme von Referaten und Projektergebnissen aus Schulen muss einer strengen Qualitätskontrolle unterliegen, damit die Reproduktion dieser Materialien den Standards genügt.

## 18. Vorlesungen online abrufbar machen!

### **Das Problem:**

Überfüllte Hörsäle, soziale Verpflichtungen (zum Beispiel die Pflege von Angehörigen) oder nebenberufliche Tätigkeiten zur Studienfinanzierung können es für Studierende schwierig machen, die im Studienplan vorgesehenen Vorlesungen zu belegen.

### **Unsere Forderung:**

Bei entsprechender Nachfrage erhalten Studierende ein Recht darauf, Lehrveranstaltungen auch online abrufen zu können. Das Land unterstützt die Einrichtung von **freizugänglichen** Online-Vorlesungsplattformen.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von den 29 Stimmen waren 70% positiv und 30% negativ  
5 Kommentare

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Rechtlich bedenklich, aber als Forderung politisch sinnvoll. Die Freiheit der Forschung und Lehre ist allerdings zu achten.

## **Themenbereich 3 – Ich bestimme selbst (Datenschutz und Selbstbestimmung)**

### **19. Privatsphäre und Sicherheit bei der Energieversorgung schützen**

#### **Das Problem:**

Die Digitalisierung der Energieversorgung macht diese zunehmend verwundbar und den Verbraucher gläsern. Immer mehr Teile der Stromversorgung sind ans Internet angeschlossen und dadurch ein potenzielles Ziel von Hackern. Der geplante flächendeckende Einsatz sogenannter „intelligenter Stromzähler“ (Smart Meter) birgt zusätzliche Sicherheitsrisiken. Darüber hinaus lassen sich aus fortlaufenden Verbrauchsmessungen Rückschlüsse auf die Lebensgewohnheiten der Bewohner eines Hauses ziehen. Der Aufbau von Hard- und Software dieser Zähler liegt nicht offen – die Hersteller betrachten dieses Wissen als Geschäftsgeheimnis. Den Verbrauchern wird somit blindes Vertrauen abverlangt.

#### **Unsere Forderung:**

Das Land setzt sich - beispielsweise im Rahmen bestehender Modellprojekte - dafür ein, dass Protokolle und Software-Quellcodes vollständig offen gelegt werden, damit die Wirkungsweise und Sicherheit von Smart Metern öffentlich kontrollierbar ist. Der Einsatz von „Smart Metern“ in Wohnungen soll generell nur mit freier und jederzeit widerruflichen Einwilligung aller Bewohner erfolgen. Wer beim Bezug einer Wohnung bereits ohne seine Zustimmung installierte Vorrichtungen dieser Art vorfindet, erhält das Recht, diese wieder durch einen herkömmlichen Stromzähler **mit Möglichkeit zur Selbstablesung** ersetzen zu lassen.

#### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von den 26 Stimmen waren 90% positiv und 10% negativ  
1 Kommentar

#### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Die Anregungen und Kommentare aus dem Workshop wurden sinngemäß in die finale Version übernommen, soweit sie sich nicht bereits aus dem Vorschlagstext implizit ergaben.

## 20. Recht auf elektronische Kommunikation mit Behörden

### **Das Problem:**

Kommunikation mit Behörden basiert häufig noch auf Kommunikation per Post. Dies ist teuer, langsam und entspricht nicht den Anforderungen, die Menschen heutzutage an den Staat stellen.

### **Unsere Forderung:**

Alle Menschen sollen das **Wahlrecht** haben, auf **gebührenfreie** elektronische Post von öffentlichen Behörden und Einrichtungen zu bestehen. **Sollten Bürger eine postalische Zustellung von Schreiben ablehnen und eine elektronische bevorzugen, soll den Behörden eine Abweichung von dem gewünschten Medium nur aus wichtigen Gründen oder aufgrund gesetzlicher Beschränkungen erlaubt sein.\*** Damit müssen Behörden tätig werden und mit sicherer, elektronischen Kommunikation beginnen.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von den 21 Stimmen waren 70% positiv und 30% negativ  
5 Kommentare

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Alle Anregungen und Kommentare aus der Onlinebeteiligung und aus dem Workshop wurden sinngemäß in die finale Version übernommen. Konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung zu technischen Standards jedoch an dieser Stelle nicht eingearbeitet.

\*Kritik an Formulierung zur Zulässigkeit von Papierpost aufgenommen und die Formulierung angepasst, sodass sie offener und weniger restriktiv wird. Trotzdem wird an der Forderung festgehalten, wenn elektronische Kommunikation gewünscht wird, soll die Behörde auch elektronisch antworten.

## 21. Recht auf verschlüsselten Informationsaustausch mit Behörden und staatlichen Stellen

### **Das Problem:**

Zurzeit ist es nicht möglich, mit allen staatlichen Stellen elektronisch verschlüsselt zu kommunizieren und deren Internetangebote zu nutzen.

### **Unsere Forderung:**

Die öffentlichen Stellen des Landes und der Kommunen sollen Schnittstellen und Adressen anbieten, damit zukünftig mit allen staatlichen Stellen verschlüsselt kommuniziert werden kann. Dabei ist mindestens ein auf offenen Standards basierendes Verfahren wie z.B. GnuPG anzubieten. **Internetdienste der öffentlichen Stellen des Landes und der Kommunen sollen nach aktuellem Stand der Technik verschlüsselt** nutzbar werden. In sensiblen Bereichen wird die unverschlüsselte Nutzung unterbunden.

**Die Behörden sollen dann auf Wunsch auch elektronisch kommunizieren, anstatt Schreiben per Post zu verschicken, soweit rechtlich zulässig.**

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von den 25 Stimmen waren 70% positiv und 30% negativ  
2 Kommentare

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Formulierungsvorschlag zur technologieneutralen Formulierung übernommen.

## 22. Anonymer Fahrscheinverkauf

### **Das Problem:**

Um Fahrscheine für Bus und Bahn digital zu erwerben, muss man bisher persönliche Daten angeben. Aus Gründen der Datensicherheit sind dazu nicht alle Bürger bereit. Aktuelle und kommende e-Ticket-Systeme bieten in ihrer aktuellen Konzeption teilweise die Möglichkeit, Bewegungsdaten zu sammeln (der BigBrotherAward 2016 in der Kategorie Technik ging an die Berliner Verkehrsbetriebe BVG). Dazu wird nur teilweise die Möglichkeit geboten, die e-Tickets einfach anonym am Automaten (siehe Versuchsprojekt Münster) zu erwerben.

### **Unsere Forderung:**

Bis zur Einführung des Fahrscheinfreien Nahverkehrs müssen alle Arten von Fahrscheinen und e-Tickets für Bus und Bahn im Internet und auch zukünftig an Ticketautomaten erhältlich sein. Die Zahlung und **und Prüfung bzw. Authentifizierung** müssen immer anonym möglich sein.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von den 25 Stimmen waren etwa 95% positiv und 5 % negativ  
5 Kommentare

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Alter Text im Wesentlichen belassen, nur eine oben gemachte Änderung eingearbeitet (Einfügen von „Prüfung bzw.“, Ersetzung von Authentifikation durch „Authentifizierung“).

## 23. Register aller Überwachungskameras

### **Das Problem:**

Die Überwachung durch Kameras ist zum festen Bestandteil des allgemeinen Lebens geworden. Es ist kaum möglich, sich dieser ständigen und überall präsenten Überwachung zu entziehen. Eine solche Überwachung kann einen Überwachungs- und Anpassungsdruck erzeugen, zumal wenn man nicht weiß, wer wo und wann zu welchem Zweck den öffentlichen Raum überwacht.

### **Unsere Forderung:**

Es wird eine gesetzliche Meldepflicht für Kameras eingeführt, die den öffentlich zugänglichen Raum überwachen. Die Meldungen werden in einem für jedermann über das Internet einsehbaren Register verzeichnet.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von den 29 Stimmen waren etwa 95% positiv und 5% negativ  
3 Kommentare

### **Begründung, welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Anregung aufgenommen, den Anwendungsbereich auf alle Kameras auszuweiten, die öffentlichen zugänglichen Raum überwachen. „öffentliche Stellen“ wurde gestrichen-  
Zudem ist der Begriff des öffentlich zugänglichen Raumes bewusst gewählt, um auch Bahnhöfe, Einkaufspassagen und ähnliches einzuschließen (vgl. [https://www.bfdi.bund.de/bfdi\\_wiki/index.php/6b\\_BDSG\\_Kommentar](https://www.bfdi.bund.de/bfdi_wiki/index.php/6b_BDSG_Kommentar) )

## 24. Wir stellen den Schutz der Privatheit an den Anfang jeder Überlegung: Einführung von Privacy Impact Assessments in Verwaltung und Ministerien

### **Das Problem:**

Viele Gesetze und Verwaltungsabläufe kranken daran, dass datenschutzrechtliche und die Privatheit des Einzelnen betreffende Belange erst spät im Diskussions- und Entscheidungsprozess zum Thema gemacht werden. Die späte Beschäftigung hat zur Folge, dass diese Gesetze und Verwaltungsabläufe einem hohen Schutz für die Grundrechte der Bürger nicht entsprechen.

### **Unsere Forderung:**

Ob neues Gesetzesvorhaben oder neue Technologie, jedes politische oder wirtschaftliche Projekt muss **von der Überlegung** geleitet werden, wie das Projekt so datenschutzfreundlich und privatheitsschonend wie möglich gestaltet werden kann. Dafür wollen wir Folgeabschätzungen im Bereich Privatheit und Datenschutz, sog. „Privacy Impact Assessments“ (kurz „PIA“), in unseren Verwaltungen und Ministerien, und speziell im Gesetzgebungsprozess, etablieren sowie diese auch bei Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen in Unternehmen und anderen Organisationen fördern.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von den 20 Stimmen waren etwa 70% positiv und 30% negativ  
2 Kommentare

### **Begründung, welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Redaktioneller Änderungsvorschlag, der zur Präzisierung der Forderung gerne aufgenommen wurde.

## **25. Bildungsangebote im Bereich Privatheit, Datenschutz und Datensicherheit ausbauen!**

### **Das Problem:**

Privatheitsschutz, Datenschutz und Datensicherheit sind für viele Menschen weiterhin abstrakte Begriffe, während die Digitalisierung der Gesellschaft rasant voranschreitet. Es existiert ein „Privacy-Paradox“: Zwar geben die meisten Menschen an, dass ihnen ihre Privatheit wichtig ist, sie ergreifen aber nicht die notwendigen technischen oder politischen Maßnahmen, um ihren Selbstschutz zu erhöhen. Dieses Problem ist nicht nur bei Privatpersonen zu beobachten. Ein unvorsichtiger Umgang mit digitalen Technologien kann beispielsweise im öffentlichen Dienst zu einer Gefährdung vieler Betroffener führen.

### **Unsere Forderung:**

Bildungsangebote im Bereich Privatheitsschutz, Datenschutz und Datensicherheit müssen im privaten und öffentlichen Bereich ausgebaut werden. Der Selbstschutz vor allen möglichen Eingriffen in die Privatsphäre muss Bürgern so leicht wie möglich gemacht werden. **Mitarbeiter öffentlicher Stellen des Landes und der Kommunen** müssen Weiterbildungen erhalten, um die Verwaltung des Landes für eine digitalisierte, grundrechtsbewusste Gesellschaft fit zu machen.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von den 24 Stimmen waren 100% positiv  
1 Kommentar

### **Begründung, welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Redaktioneller Änderungsvorschlag, der zur Präzisierung der Forderung gerne aufgenommen wurde.
--

## **26. Behörden für die Kontrolle von Datenschutz und Datensicherheit müssen stark aufgestellt sein!**

### **Das Problem:**

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit und ihr Team leisten wertvolle Arbeit für die sachgerechte Einhaltung der Bundes- und Landesdatenschutzgesetze sowie des Informationsfreiheitsgesetzes in einer sich schnell wandelnden, digitalisierenden Gesellschaft. Als unabhängige Landesbehörde ist die LDI für die Durchsetzung zweier wachsender Rechtsbereiche verantwortlich, bei denen sie ein weites Spektrum an Kompetenzanforderungen erfüllen muss. Um den Anforderungen gerecht werden zu können, muss die LDI dabei auf einen gut ausgebildeten und quantitativ ausreichend ausgestatteten Personalstab zurückgreifen können. Die Behörde ist allerdings strukturell unterfinanziert. So ist die LDI im Vergleich zu anderen Bundesländern und der Bevölkerungszahl Nordrhein-Westfalens auffallend schwach ausgestattet.

### **Unsere Forderung:**

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI) benötigt eine aufrichtige Erhöhung ihrer Ressourcen, um die Kontrolle und sachgerechte Umsetzung von Datenschutz und Informationsfreiheit gewährleisten zu können.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von den 24 Stimmen waren 100% positiv.

0 Kommentare

Keine Kommentare, keine Änderungen.

## Themenbereich 4 – Ich entscheide mit (Bürgerbeteiligung und Partizipation)

### 27. Einrichtung eines Landesministeriums „Digitale Gesellschaft, Vernetzung, Datenschutz und Breitbandausbau“

#### **Das Problem:**

Derzeit werden Themen des Digitalen Wandels in einer Vielzahl von Landesministerien behandelt. Die Verteilung der Zuständigkeiten auf zahlreiche Landesministerien hat sich als nicht zielführend und wenig praktikabel herausgestellt. Zentrale Herausforderungen der Digitalisierung wie der Breitbandausbau, die Stärkung von Medienbildung und Digitalem Lernen, Datenschutz, sowie OpenGovernment und eGovernment werden teils gar nicht, teils nur ansatzweise oder verspätet angegangen. Es gibt **kein federführendes Ministerium** einer digitalen Gesellschaft unter den Ministerien.

#### **Unsere Forderung:**

Eine thematische Bündelung in einem Ministerium „Digitale Gesellschaft, Vernetzung, Datenschutz und Breitbandausbau“ („Internetministerium“) ist notwendig. Nur so wird diesen Themen jene gesamtgesellschaftliche Relevanz eingeräumt, die sie für die Gegenwart und die Zukunft Nordrhein-Westfalens hat. Analog zur Bündelung in einem Landesministerium ist es sinnvoll, dass der Landtag NRW einen Ausschuss „Digitale Gesellschaft, Vernetzung, Datenschutz und Breitbandausbau“ („Internetausschuss“) einrichtet **und sich auf Bundesebene für eine vergleichbare Umsetzung einsetzt.**

#### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von den 22 Stimmen waren 70% positiv und 30% negativ  
2 Kommentare

#### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Alle Anregungen und Kommentare aus der Onlinebeteiligung und aus dem Workshop wurden sinngemäß in die finale Version übernommen.

## 28. Freie Netze fördern

### **Das Problem:**

Es gibt zu wenige freie Netze **in Nutzerhand und offene Zugänge zum Internet** in Deutschland.

### **Unsere Forderung:**

Wir setzen uns weiterhin für Freifunk und freie Netze ein. Dazu gehört für uns: Förderung wissenschaftlicher Forschung zu Mesh-Netzen, freier Router-Software und innovativer Netzwerkprotokolle. **Ziel ist auch, technische Dezentralisierung und Erhöhung von Ausfallsicherheit zu fördern. Das Land NRW soll Freifunk als gemeinnützig anerkennen und sich auf Bundesebene für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk einsetzen.**

Auf Bundesebene sollte die Überlassung von ungenutzten IP-Netzen der öffentlichen Hand an Freifunk-Initiativen ermöglicht werden. Zudem sollen freie Frequenzbereiche (z.B. ehemalige TV-Frequenzen) für Breitband nutzbar gemacht werden.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 25 Stimmen waren etwa 80% positiv und 20% negativ  
2 Kommentare

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Zum Vorschlag passende Anregungen und Kommentare aus der Onlinebeteiligung wurden sinngemäß in die finale Version übernommen.

Eine weitere Anregung, die Ausfallsicherheit zu erhöhen und ggf. Notrufe zu ermöglichen wäre als eine eigene Forderung gesondert zu entwickeln. Grundsätzlich gibt es Forschungsprojekte zu IP Based Emergency Services. Die Anregung aus dem Kommentar wird der bearbeitende Referent wir mit einem zuständigen Fachreferenten diskutieren.

## 29. Bürgerbeteiligung an Großprojekten

### **Das Problem:**

Die Planung und Realisierung von Großvorhaben steht seit Jahren im Zentrum öffentlicher Kritik (z.B. Fehmarnbeltquerung, Stuttgart 21, Elbphilharmonie). Das geltende Planungsrecht nutzt die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten nicht, um Fehlplanungen zu verhindern.

### **Unsere Forderung:**

Pläne für Großprojekte sollen verpflichtend auf einem zentralen Internetportal veröffentlicht werden. Jeder Mensch soll sich über Vorhaben automatisch über das Internet informieren lassen können und Gelegenheit zur Stellungnahme und Diskussion darüber bekommen („Frühe Bürgerbeteiligung“). Auch im weiteren Verfahren sollen alle Planungsunterlagen über das Internet zum Abruf bereitgestellt werden. Es wird ein öffentlicher Zugang zum Raumordnungs-Informationssystem eingerichtet, über welches u.a. der Landesentwicklungsplan abrufbar ist.

**Darüber hinaus wird die Möglichkeit eingerichtet, einen Newsletter zu abonnieren, der als „amtliches Benachrichtigungsblatt“ über beteiligungspflichtige Vorhaben informiert. In diesem Newsletter sind die Schritte und Wege von Beteiligung darzustellen.**

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 24 Stimmen waren etwa 70% positiv und 30% negativ  
2 Kommentare

**Begründung,  
welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Alter Text wurde im Wesentlichen belassen, nur die eine oben gemachte Änderung einarbeiten (Streichen von „in seiner Nähe“). Darunter die oben gemachte Ergänzung angefügt.

## 30. Bürger-Beteiligungsportal des Landes

### **Das Problem:**

Das Internet eröffnet neue Möglichkeiten zur Einbeziehung der Bürger in politische Prozesse. Diese Möglichkeiten werden bisher kaum genutzt. **So hatte beispielsweise** Piraten-Europaabgeordnete Julia Reda hat ihren Bericht zur Urheberrechtsreform im Internet zur Diskussion und Bearbeitung freigegeben (<https://www.discuto.io/de/consultation/6252>).

### **Unsere Forderung:**

Der Landtag richtet ein Internet-Beteiligungsportal ein, auf dem unter anderem wichtige Gesetzgebungsvorhaben aus Landesregierung und Landtag öffentlich diskutiert werden können. Die Beteiligung soll bei Regierungsentwürfen spätestens zum Zeitpunkt der Verbandsanhörung, im Übrigen ab Einbringung in den Landtag erfolgen. Zusätzlich werden die im Parlament dazu vorhandenen Dokumente (z. B. Stellungnahmen) einfach auffindbar zur Verfügung gestellt.

### **Das Land NRW soll sich zu dem an der Entwicklung von modernen Werkzeugen zur Bürgerbeteiligung beteiligen und diese aktiv fördern.**

Die bisher interne Dokumentation der Gesetzgebungs- und Verordnungsvorhaben der Landesregierungen werden im Sinne der OpenGovernment-Prinzipien der Öffentlichkeit laufend zugänglich gemacht

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 23 Stimmen waren etwa 70% positiv und 30% negativ  
3 Kommentare

### **Begründung, welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Die Kommentare und Hinweise wurden fast vollständig übernommen. Eine Anmerkung zu einem Reputationssystem ist zwar gut, würde aber zu sehr ins Detail gehen.

## 31. Bürger-Beteiligungsportal in der Kommune

### **Das Problem:**

Das Internet eröffnet neue Möglichkeiten zur Einbeziehung der Bürger in politische Prozesse. Diese Möglichkeiten werden bisher kaum genutzt. Zwar bieten Rats- und Ausschusssitzungen jeweils auch eine Bürgersprechstunde an, allerdings wird hier jeweils die zeitliche und örtliche Anwesenheit vorausgesetzt. Dies ist jedoch nicht allen Bürgerinnen und Bürgern möglich.

### **Unsere Forderung:**

Die Kommunen richten Internet-Beteiligungsportale ein, auf denen unter anderem wichtige Regelungsvorhaben aus dem Rat öffentlich diskutiert werden können. Dabei werden die im Rat und Verwaltung dazu vorhandenen Dokumente (z.B. Stellungnahmen) einfach auffindbar zur Verfügung gestellt.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 22 Stimmen waren etwa 70% positiv und 30% negativ  
0 Kommentare

### **Begründung, welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Keine Kommentare, keine Änderungen

## 32. Flächendeckend Mängelmelder für ortsbezogene Hinweise einrichten

### **Das Problem:**

Schlaglöcher, beschädigte Schilder oder Gebäude, verschmutzte Spielplätze – Mängel an der öffentlichen Infrastruktur zu melden, scheidet oft schon daran, dass der zuständige Ansprechpartner nicht zu ermitteln ist. Meldungen über die herkömmlichen Kanäle sind zudem aufwändig und der Bürger bekommt nicht selten keine Rückmeldung.

### **Unsere Forderung:**

Im Rahmen der OpenGovernment Initiative der Landesregierung werden die Kommunen **aufgefordert** ein lokales und anonym nutzbares Internetportal einzurichten oder einrichten zu lassen, über welches Bürgerinnen und Bürger Hinweise und Anregungen zu Straßen, Radwegen, Gebäuden (z.B. Schäden, Beschilderungsmängel, barrierefreier Zugang) geografisch auf einer Karte kennzeichnen und auf Wunsch auch zur Bearbeitung einreichen können. Die Landesregierung erstellt dazu eine Musteranwendung unter Berücksichtigung von OpenData-Standards. Die Einreichung soll auch über mobile Endgeräte möglich sein und auch ein Foto und geografische Koordinaten einschließen können. Die Hinweise sollen öffentlich einsehbar und kommentierbar sein.

### **Die Kommune hat darüber zu berichten, wie mit der Meldung umgegangen wird.**

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 28 Stimmen waren 95% positiv und 5% negativ  
2 Kommentare

### **Begründung, welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Alter Text im Wesentlichen belassen, nur die eine oben gemachte Änderung einarbeiten (Einfügen von „aufgefordert,“). Darunter die oben gemachte Ergänzung angefügt.

### 33. Whistleblowing-Plattform

#### **Das Problem:**

Whistleblower sind Menschen, die Straftaten, Rechtsverstöße oder Ethikverstöße melden. Das geltende Recht schützt Whistleblower aber nicht zuverlässig vor Repressalien von Seiten ihres Arbeitsgebers/Dienstherrn. Nur im wirksamen Schutz der Anonymität werden Whistleblower bereit sein, die bestehende Rechtsunsicherheit hinzunehmen und Missstände auffliegen zu lassen.

#### **Unsere Forderung:**

Zu Umgehung der gefährlichen bundesrechtlichen Schutzlücken für Hinweisgeber **richtet das Land NRW eine Stelle** zur anonymen Meldung von Straftaten und anderen schwerwiegenden Missständen ein, die auch eine anonyme Kommunikation mit dem Hinweisgeber ermöglicht.

#### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 26 Stimmen waren 70% positiv und 30% negativ  
2 Kommentare

#### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Änderungsvorschläge wurden berücksichtigt und die kritisierten Formulierungen verändert.

### 34. Transparenzportal der Bundesländer

#### **Das Problem:**

Viele Informationen, die für einen interessierten Bürger von Bedeutung sein können, sind derzeit nichtöffentlich zugänglich. Ein Großteil der Informationen ist zwar digitalisiert, jedoch nicht über das Internet öffentlich abrufbar.

#### **Unsere Forderung:**

**Wir wollen das Informationsfreiheitsrecht ausbauen und nach dem Vorbild anderer Bundesländer ein Transparenzgesetz für Nordrhein-Westfalen einführen. Informationen öffentlicher Stellen in Nordrhein-Westfalen sollen proaktiv auf einem Transparenzportal maschinenlesbar veröffentlicht werden.**

#### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 24 Stimmen waren etwa 60% positiv und 40% negativ  
2 Kommentare

**Begründung,  
welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Die Kommentare wurden aufgegriffen und der Text durch den bearbeitenden Referenten umfassen neu formuliert.

Ursprünglicher Vorschlag:

„Wesentliche amtliche Informationen werden auch ohne Antrag (proaktiv) auf einem zentralen Transparenzportal maschinenlesbar veröffentlicht.“

## 35. Freigabe von Live-Fahrplandaten

### **Das Problem:**

Derzeit kann man die Nutzung des ÖPNV nur über Portale des Betreibers sowie der Bahn nutzen.

### **Unsere Forderung:**

Durch gesetzliche Änderungen sollen Bahnbetreiber dazu verpflichtet werden, alle Fahrplandaten **in Echtzeit**, offen und barrierefrei zur Verfügung zu stellen. Dadurch wird es Initiativen und Projekten ermöglicht, auf Basis dieser Daten eigene Anwendungen und Angebote zu entwickeln.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 23 Stimmen waren etwa 70% positiv und 30% negativ  
3 Kommentare

### **Begründung,**

**welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Alter Text trotz Dopplung im Wesentlichen belassen, nur die eine oben gemachte Änderung eingearbeitet (Ersetzen von „live“ durch „in Echtzeit“).

## 36. Digitale Arbeitswelten mitgestalten

### **Das Problem:**

Immer mehr Arbeitsschritte werden digital erledigt. Egal, ob in der Verwaltung, der Lehre, **der** Ausbildung **oder** der Produktion nicht-materieller Dinge (Musik, Video, Texte, etc.). Dazu werden immer mehr Arbeiten immer kleinteiliger erledigt. Es werden vielfach nicht mehr Komplettersteller oder -Verarbeiter benötigt, sondern Menschen mit Teilqualifikationen erledigen **digitale Mini- und Expertenjobs**.

### **Unsere Forderung:**

Auch digitale Arbeit ist zu schützen und es muss Sorge dafür getragen werden, dass sowohl Sozialstandards eingehalten werden, wie auch, dass es ein sinnvolles Sozialniveau für im Digitalen erledigte Arbeit gibt. Ein digitales Prekariat an der Armutsgrenze braucht niemand. Unternehmensgewinne, die durch die Digitalisierung der Arbeitsprozesse und den damit verbundenen Einsparungen anwachsen (digitale Rendite), müssen zumindest zum Teil, für die Finanzierung des Umbaus unserer Arbeitswelt eingesetzt werden.

### **Rücklauf aus dem Beteiligungsprozess:**

Von 23 Stimmen waren etwa 55% positiv und 45% negativ  
4 Kommentare

### **Begründung, welche Rückmeldungen wir gerne übernehmen und warum manche Rückmeldungen es nicht in den Digitalen Kompass geschafft haben:**

Durch den zuständigen Fachreferenten nach Auswertung der Kommentare ergänzt.